

Sektion Methoden der Empirischen Sozialforschung

Jahresbericht 2011

Der folgende Bericht stellt die Aktivitäten der Sektion Methoden der Empirischen Sozialforschung 2011 dar. Mit drei Sektionstagungen war es ein Jahr mit vielen Veranstaltungen. Wie im Jahr 2010 wurden wieder zwei der drei Tagungen mit Partnern gemeinsam durchgeführt: die Sommertagung gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Methoden der Politikwissenschaft der DVPW, die Herbsttagung gemeinsam mit der Sektion Modellbildung und Simulation der DGS. Im Folgenden berichten wir ausführlich von den Sektionsveranstaltungen.

Frühjahrstagung: Method(olog)ische Grundlagen der empirischen Forschung über Kriminalität

Die Frühjahrssitzung der Sektion fand am 1. und 2. April in Halle statt. Lokale Organisatorin war Stefanie Eifler von der Universität Halle. Gegenstand der Tagung waren die methodologischen und methodischen Probleme der empirischen Forschung über Kriminalität und Kriminalitätsfurcht. Insgesamt wurden 14 Vorträge gehalten, bei 4 Vorträgen handelte es sich um Aufnahmevorträge in die Sektion Methoden der empirischen Sozialforschung, die sich auf das Thema der Tagung bezogen. Mit über 50 Teilnehmern war die Tagung sehr gut besucht.

Der erste Vortrag von *Dirk Baier* (Hannover) widmete sich dem Vergleich von Ergebnissen verschiedener Erhebungstechniken. Dabei wurden Aspekte der Zuverlässigkeit von Selbstberichten über abweichendes Verhalten im Vergleich zwischen einer schriftlichen Befragung und einer computergestützten Befragung untersucht. Wichtig ist, dass die Ergebnisse auf Web-basierte Befragungen übertragbar sind.

Im zweiten Vortrag beschäftigten sich *Dietrich Oberwittler* und *Dominik Gerstner* (Freiburg) mit Problemen der Modellierung von Interaktionseffekten in Erklärungsmodellen selbstberichteter Delinquenz. Inhaltlich stand der Allgemeinheitsanspruch der *General Theory of Crime* im Mittelpunkt. In statistischer Hinsicht wurden die Eigenschaften der abhängigen Variablen im Zusammenhang mit Unzulänglichkeiten von OLS-Regressionen und im Vergleich zu Ergebnissen nicht-linearer Regressionstechniken problematisiert.

Im Anschluss behandelten *Floris van Veen*, *Sebastian Sattler* und *Mandy Beuer-Krüssel* (Bielefeld) methodische Probleme der Erfassung von subjektiven Wahrscheinlichkeiten. Im Mittelpunkt des Vortrags stand die These, dass es aufgrund von kognitiven Heuristiken der Probanden zu Fehlbeurteilungen, insbesondere zu einer Vernachlässigung von Basisraten oder zu Überschätzungen kommt; diese wurde durch den Einsatz von Ankerfragen in verschiedenen Formaten systematisch überprüft.

Harald Beier (Mannheim) stellte im anschließenden Vortrag die *General Theory of Crime* in den Mittelpunkt der Analyse. Beier hat insbesondere Aspekte der Erfassung von Selbstkontrolle, dem in der Theorie zentralen Konstrukt, aufgegriffen und sich in methodologischer Hinsicht mit der Bedeutung von Mechanismen auseinandergesetzt, die angeben, wie und warum von bestimmten Ursache-Wirkungsbeziehungen ausgegangen werden kann.

Die folgenden vier Vorträge wurden als Aufnahmevorträge gehalten. Zunächst beschäftigte sich *Nathalie Guzy* (Wiesbaden) mit international vergleichenden Viktimisierungssurveys. Sie stellte heraus, dass Dunkelfeldstudien in der international vergleichenden Forschung über Kriminalität erhebliche Vorteile gegenüber Hellfeldstudien haben und demonstrierte dies anhand von spezifischen Herausforderungen, vor denen der *International Crime Victim Survey* (ICVS) steht.

Christoph Birkel (Wiesbaden) beschäftigte sich auch mit einem Vergleich zwischen Hell- und Dunkelfeldstudien, konzentrierte sich in seinem Beitrag aber auf Gesichtspunkte einer adäquaten Formulierung von Items im Hinblick auf das Bemühen, in Dunkelfeldstudien die Kategorien der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) valide abzubilden.

In einem weiteren Vortrag hat *Marvel Noack* (Duisburg) Fragen der Reliabilitäts- und Stabilitätsschätzung von allgemeinen Kriminalitätsfurchtindikatoren aufgegriffen. Noack untersucht die Reliabilität des vierstufigen Standardindikators anhand von Paneldaten (DEFECT, BHPS) mit einem Quasi-Markov-Simplex-Modell und konnte die Terroranschläge vom 11. September 2001 als Grund für eine mangelnde Reliabilität herausarbeiten.

Jochen Wittenberg (Bielefeld) widmete sich in seinem Beitrag dem Problem der Reliabilität von selbstberichteter Jugenddelinquenz. Auf der Grundlage von Daten des Projekts »Jugendkriminalität in der modernen Stadt« (CRIMOC) werden im Rahmen eines Test-Retest-Ansatzes insbesondere Einflüsse der Tendenz, in sozial erwünschter Weise zu antworten, auf die deliktspezifischen Angaben der Jugendlichen zu Prävalenzen und

Inzidenzen untersucht. Im neunten Beitrag der Tagung hat *Peter Obly* (i.R., vormals GESIS) über szientometrische Analysen zur Kriminalsoziologie berichtet.

Heinz Leitgöb, *Johann Bacher* und *Helmut Hirtenlehner* (Linz) untersuchten in ihrem Vortrag Probleme der Ereignisanalyse, die sie am Beispiel der Modellierung der Rückfälle von Sexualstraftätern präsentierten. Dabei wurden in erster Linie verschiedene Modelle – nämlich parametrische und semiparametrische – auf ihre jeweilige Erklärungskraft hin vergleichend untersucht.

Der Vortrag von *Michael Windzio* (Bremen) und *Dirk Baier* (Hannover) stellte die Frage, ob gewalttätige Jugendliche in der Schule isoliert sind. Die Autoren präsentierten eine spezielle Form der Netzwerkanalyse. Den Ausgangspunkt bildete die Beobachtung anderer Studien, dass gewalttätige und nicht-gewalttätige Jugendliche häufig befreundet sind, und dass gewalttätige Jugendliche nicht generell sozial ausgeschlossen werden.

Michael Hanslmaier (Hannover) beschäftigte sich in seinem Beitrag mit der Bedeutung des sozialen Kapitals im Hinblick auf die Erklärung von Kriminalitätsraten. Hanslmaier diskutierte methodische Probleme der Erfassung von sozialem Kapital und zeigte ausgehend davon, dass einzelne Aspekte von sozialem Kapital durchaus differenzierte bzw. differenzierbare Einflüsse auf die Kriminalitätsrate haben.

Im abschließenden Vortrag von *Dina Hummelsheim*, *Dietrich Oberwittler* und *Julian Pritsch* (Freiburg) wurden die Zusammenhänge zwischen interpersonalem Vertrauen und der Furcht, einer Straftat zum Opfer zu fallen, untersucht. Im Mittelpunkt der Analyse stand die Frage, ob sowohl Kriminalitätsfurcht als auch interpersonales Vertrauen gleichermaßen auf bestimmte individuelle und kollektive Merkmale zurückgeführt werden können.

Insgesamt bot die Veranstaltung einen sehr breiten Überblick über den methodologischen und methodischen Stand der kriminalsoziologischen Forschung in Deutschland.

Sommertagung: Onlineforschung

In Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Methoden der Politikwissenschaft der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft und in Ergänzung zum üblichen Turnus führte die Sektion eine Sommertagung zum Thema *Onlineforschung* durch. Diese Veranstaltung fand am 27. und 28.

Mai in Mannheim statt und wurde von Thorsten Faas und Christof Wolf organisiert. Insgesamt wurden auf der Tagung zehn Referate präsentiert.

Im ersten Referat fragten *Joachim Behnke* und *Florian Bader* (Friedrichshafen) nach der »Evidenz durch Onlineforschung?!« am Beispiel einer »Internetbasierten Forschung zur Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg«. Sie kamen zu dem Schluss, dass sich Onlineumfragen derzeit am besten dazu eignen, Zusammenhangshypothesen zu untersuchen.

Der zweite Beitrag, vorgetragen von *Thorsten Faas* und *Johannes N. Blumenberg* (Mannheim), befasste sich mit der »Vermessung der Dynamik – Theorie und Technik des Rolling-Cross-Section-Panels der Wahlstudie Baden-Württemberg 2011«. Es ging um das Erfassen der Wahlkampfdynamik und dem, was beim Wähler ankommt. Hierzu wurde ein interessantes Methodendesign gewählt, das »im Rahmen einer Online-Erhebung Panel-elemente mit dem Prinzip rollierender Querschnitte zu rollierenden Panelwellen« verband.

Im dritten Beitrag beschäftigte sich *Frederik Funke* (Kassel) mit der »Verbesserung von Datengüte und Analysemöglichkeiten durch den Einsatz visueller Analogskalen in Onlineumfragen«. Er argumentierte, dass die Datengüte bei der Anwendung visueller Analogskalen steige, denn der Formatierungsfehler sei beim Einsatz dieser Technik bei mental gut repräsentierten Konstrukten äußerst gering.

Der Beitrag von *Andreas Diekmann*, *Marc Höglinger* (Zürich) und *Ben Jann* (Bern) trug den Titel »Heikle Fragen in Online-Surveys«. Die Autoren sehen hier »Herausforderungen und neue Strategien für den Einsatz der Randomized Response Technik« und präsentierten die methodischen Ergebnisse einer experimentellen Studierendenbefragung zu Plagiaten und anderem Fehlverhalten.

Marco Meyer, *Robert Greszki* und *Harald Schoen* (Bamberg) befassten sich mit dem »Zeitunterschreiter« als Problem der Online-Befragung«. Es ging inhaltlich um »eine kritische Auseinandersetzung mit gängigen Methoden zur Erfassung (zu) schnell antwortender Online-Access-Panelisten«. Sie problematisierten die gängigen Methoden zur Identifikation von »Zeitunterschreitern« und versuchten, die »Zeitunterschreiter« zu charakterisieren.

Joss Roßmann (GESIS), *Jan Eric Blumenstiel* und *Markus Steinbrecher* (alle Mannheim) befassten sich im sechsten Beitrag mit der Frage: »Sind Abbrecher anders?« Es ging hierbei um die »Ergebnisse von Abbrecherbefragungen im Rahmen der Online-Trackings der German Longitudinal Election Study (GLES)«. Im Beitrag wurden die Unterschiede zwischen Abbrechern

und Nicht-Abbrechern herausgearbeitet und es wurde versucht zu zeigen, »welche Eigenschaften von Befragten, Items und Umfragen zu einem Interviewabbruch führen«.

Im siebten Beitrag fragte *Alexandra Wachenfeld* vom LINK Institut für Markt- und Sozialforschung (Frankfurt am Main): »Hat die Rekrutierungsart einen Einfluss auf die Zusammensetzung des Panels und Auswirkungen auf die Repräsentativität der Stichprobenzusammensetzung?« Sie berichtete über die festgestellten sozialstrukturellen und psychographischen Unterschiede zwischen online und offline rekrutierten Teilnehmern.

Jochen Mayerl (Stuttgart) berichtete von »Einstellungsangaben und Res-ponse-Effekten in Surveys«. Grundlage war ein »Empirischer Test eines kognitiven dualen Prozessmodells zur Erklärung von Einstellungs-Verhaltens-Beziehungen«. Mayerl kommt zu dem Ergebnis, dass die aus der dualen Prozesstheorie abgeleiteten Hypothesen sich über statistische Analysen bestätigen lassen: Einstellungen seien »gegenüber Verhaltensintentionen sowie anderen sozialen Urteilen dann am einflussreichsten, wenn Informationen spontan prozessiert werden und die Einstellungen chronisch hoch zugänglich sind«.

Am zweiten Tag gab es zwei Vorträge und eine Diskussion über die Methodenausbildung in der Lehre im Rahmen des Bachelor Soziologie/ Sozialwissenschaften. *Sabine Sattelberger*, *Simone Tries* und *Karen Blanke* (Wiesbaden) berichteten unter dem Titel: »Ein Spagat: Onlinefragebogen und Anforderungsprofile in der amtlichen Statistik« über die Onlineforschung des Statistischen Bundesamtes. Berichtet wurde über den Versuch, sich im Spannungsverhältnis zwischen Standardisierung und spezifischen Studienanforderungen zu bewegen, wobei der Gesetzgeber auch die Nutzerfreundlichkeit der eingesetzten Instrumente für Befragte mit Seh- oder motorischer Behinderung vorschreibt.

Im abschließenden Beitrag berichtete *Andreas Wygrabek* (Kassel) über die Erfahrungen mit der »Wahlwette Kassel 2011« – Erfolgsfaktoren einer kommunalen Wahlwette«. Hier sollten Wetten auf den Ausgang der Kommunalwahl abgegeben werden. Ziel der »Wahlwette« war es, herauszubekommen, »ob Wahlwetten einen adäquaten Schätzer für den Ausgang einer Kommunalwahl« abgeben können.

Im Anschluss an die zehn Beiträge wurde ein Zwischenergebnis der Arbeitsgruppe der Sektion Methoden zum Thema »Methodenausbildung im Bachelor Soziologie/Sozialwissenschaften« vorgestellt und diskutiert (siehe dazu auch Soziologie, Heft 4-2011).

Herbsttagung: Neue Modelle kausaler Inferenz

Die Sektionen Methoden der empirischen Sozialforschung und Modellbildung und Simulation hatten im Herbst 2010 beschlossen zwei gemeinsame Tagungen zum Thema der Kausalanalyse in den Sozialwissenschaften durchzuführen. Die gemeinsam veranstaltete Herbsttagung trug den Titel »Neue Modelle kausaler Inferenz«. Gefragt waren Beiträge, die sich theoretisch mit den Methoden der kausalen Inferenz beschäftigen oder diese zur Identifikation von Ursache-Wirkungszusammenhängen im Rahmen von Umfragedaten oder unvollständig randomisierter Experimente anwenden. Die Tagung fand am 6. und 7. Oktober in Mannheim statt, lokale Veranstalter waren Thomas Gautschi und Christof Wolf.

Die Tagung begann mit einer Einführung in das Thema und einem Überblick über aktuelle Verfahren durch *Dominik Hangartner* (London). Hangartner zeigte überzeugend, dass die Chancen einer gültigen Kausalanalyse stark von der Adäquatheit des Erhebungsdesigns abhängen. Daten, die auf Basis eines ungenügenden Designs erhoben wurden, lassen sich auch durch sehr ausgefeilte Analysemethoden meist nicht mehr reparieren. In einem ersten Vortrag schätzen *Gerard van den Berg*, *Barbara Hofmann* und *Arne Uhlenndorf* (Mannheim) multivariate Verweildauermodelle, die auf dem Timing-of-Events-Ansatz basieren. Dies erlaubt ihnen die (kausale) Wirksamkeit von finanziellen Sanktionen gegen Arbeitslosengeldempfänger zu untersuchen. Dabei zeigten die Autoren auch, dass die Nichtbeachtung von auf unbeobachteten Merkmalen beruhenden Selektionseffekten Auswirkungen auf die Ergebnisse haben kann.

Im anschließenden Beitrag wies *Götz Rohwer* (Bochum) darauf hin, dass die üblichen Ansätze der Kausalanalyse voraussetzen, dass individuelle Kausaleffekte unabhängig sind von den Einflüssen Dritter, mit denen die untersuchten Personen verbunden sind. Diese Annahme ist bei Anwendungen in den Sozialwissenschaften oftmals unrealistisch. Rohwer präsentierte in seinem Beitrag eine Klasse von Modellen, mit denen neben individuellen Merkmalen auch der Einfluss von Gruppeneigenschaften, die als statistische Verteilungen definiert sind, modelliert werden kann.

Eine besondere Form kontextabhängiger Einstellungen untersucht *Robert Birkelbach* (Utrecht) in seinem Beitrag. Sein Interesse galt den Einstellungen zur Verantwortung des Staates für den Lebensstandard Älterer. Dabei vermutet er, dass diese Einstellung insbesondere von der eigenen Stellung im Lebenszyklus abhängig ist. Theoretisch orientierte sich Birkel-

bach an der Theorie kognitiver Dissonanz; methodisch untersuchte er seine Fragestellung auf Basis des *European Social Survey* unter Verwendung von Verfahren des *Propensity Score Matching*.

Am Beispiel der Mechanismen intergenerationaler Transmission sozialer Ungleichheit untersuchten *Volker Lang* und *Steffen Hillmert* (Tübingen) die Anwendung graphischer Repräsentationen in der Kausalanalyse, wie sie von *Judea Pearl* vorgeschlagen wurde. Ziel des Beitrags war es, eine allgemein anwendbare Strategie zur umfassenden Beschreibung der Mechanismen intergenerationaler sozialer Transmission zu präsentieren. Dabei konzentrierten sich die Autoren auf die Kompetenzen und Einstellungen, die für den Transmissionsprozess relevant sind, sowie deren Bestimmungsgründe in Handlungen und spezifischen Umwelten. Sie zeigten überzeugend, dass die graphische Darstellung kausaler Mechanismen hilft, die Identifizierbarkeit von Effekten zu beurteilen und geeignete Kontrollvariablen auszuwählen.

Josef Brüderl und *Volker Ludwig* (Mannheim) untersuchten in ihrem Beitrag einen anderen kausalen Effekt: Den Einfluss von Rauchverböten auf die Prävalenz des Rauchens. Auf Basis von SOEP-Daten aus den Jahren 2002 bis 2010 untersuchten die Autoren, inwieweit die zwischen 2007 und 2008 in den einzelnen Bundesländern eingeföhrten Rauchverböte zu einer Veränderung des Rauchverhaltens geföhrt haben. Ausführlich beschrieben die Autoren auch, wie die gewählte Vorgehensweise zur Untersuchung von Effekten politischer Reformen verallgemeinert werden kann.

Im letzten Vortrag der Tagung berichteten *Henning Best* (GESIS) und *Thorsten Kneip* (Mannheim) die Ergebnisse eines natürlichen Experiments, anhand dessen sie untersuchen konnten, inwieweit die Reduktion der Kosten für umweltfreundliches Verhalten einen Einfluss auf das Recycling-Verhalten hat. Dazu griffen die Autoren auf Daten zurück, die im Rahmen einer Panelstudie in drei Stadtteilen Kölns erhoben wurden. Während in zwei Stadtteilen für Papier und den gelben Sack ein traditionelles Containersystem bestand, wurde in einem Stadtteil zwischen den beiden Erhebungswellen auf ein System mit Haushaltstonnen umgestellt. Es zeigt sich erwartungsgemäß, dass der Effekt der eingeföhrten Haushaltstonne umso größer ist, je weiter der Sammelcontainer vom Haushalt entfernt war. Die Autoren machten jedoch auch klar, dass die Effekte für den gelben Sack deutlich stärker sind als für Papier.

Im Berichtsjahr wurden außerdem die Sektionsveranstaltungen des Jahres 2012 vorbereitet. Zu nennen sind einerseits die Frühjahrstagung, die in Bremen stattgefunden hat, andererseits die Veranstaltungen der Sektion auf dem Soziologiekongress, insbesondere die von Stefanie Eifler für die Sektion mit organisierte Plenarveranstaltung.

Der Vorstand hat sich außerdem ausführlich mit Fragen der Methoden- und Statistiklehre befasst und eine entsprechende Veröffentlichung vorgelegt: Stefanie Eifler, Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik und Dagmar Krebs: Die Methodenausbildung in sozialwissenschaftlichen BA-Studiengängen. *Soziologie*, 40. Jg., Heft 4-2011, 443–465.

Christof Wolf, Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik und Stefanie Eifler

Sektion Religionssoziologie

Jahresbericht 2011

Zunächst ein Rückblick auf die Tagungen, die die Sektion im Jahr 2011 in Kooperation mit verschiedenen Partnern durchgeführt hat: Da wäre als erstes die Tagung »Die Ausdifferenzierung von Religion und Politik: Soziologische Annahmen und historische Befunde« zu nennen, die vom 14. bis 16. April in Kooperation mit dem Exzellenzcluster »Religion und Politik« der Universität Münster durchgeführt wurde. Die interdisziplinäre Diskussion zur Validität des Säkularisierungs- und Differenzierungsparadigmas verlief sehr spannend und ist in dem Band »Umstrittene Säkularisierung. Soziologische und historische Analysen zur Differenzierung von Religion und Politik« dokumentiert. Der Band wurde von Karl Gabriel, Christel Gärtner und Detlef Pollack herausgegeben und ist im Frühjahr 2012 bei Berlin University Press erschienen.

Vom 15. bis 17. September fand die erste gemeinsame Tagung mit den Kollegen der polnischen Sektion für Religionssoziologie in Krakau statt, bei der wir uns über die religiöse Entwicklung in den jeweiligen Ländern informiert und ausgetauscht haben. Sie wurde von Michael Hainz, Detlef Pollack und Gert Pickel für die Sektion organisiert, die auch die Publikationen mit herausgeben.

Die Jahrestagung der Sektion haben wir in Kooperation mit der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in Wittenberg vom 17. bis 19. No-

vember abgehalten. Die Beiträge auf der international besetzten Tagung waren stärker – so die allgemeine Einschätzung – von einer religionssoziologischen als von einer geschlechterbezogenen Perspektive geprägt, so dass am Ende mehr Fragen als Antworten blieben und eine weitere interdisziplinäre Zusammenarbeit wünschenswert und sinnvoll erscheint. Ein Protokoll dieser Tagung ist bereits in der Soziologie Heft 2-2012 veröffentlicht worden. Auf dieser Tagung haben wir die Mitgliederversammlung durchgeführt und einen neuen Vorstand gewählt. Neben der Sprecherin (Christel Gärtner) und den bisherigen Mitgliedern (Matthias Koenig, Gert Pickel und Kornelia Sammet), die bestätigt wurden, wurde Heidemarie Winkel an die Stelle von Detlef Pollack neu in den Vorstand gewählt.

Tagung »Die Ausdifferenzierung von Religion und Politik:
Soziologische Annahmen und historische Befunde«

Die Kooperationstagung der Sektion Religionssoziologie und dem Exzellenzcluster »Religion und Politik« fand vom 14. bis 16. April 2011 an der Universität Münster statt und wurde von Karl Gabriel, Christel Gärtner und Detlef Pollack vorbereitet und durchgeführt. Die Tagung griff die kontrovers geführte Diskussion über die Säkularisierungsthese auf, die zum Kernbestand klassischer soziologischer Theoriebildung gehört. Während einige Soziologen, Politikwissenschaftler und Historiker an ihren grundlegenden Aussagen festhalten, mehren sich die kritischen Stimmen. Zum einen führen empirisch beobachtbare Phänomene wie die gewachsene massenmediale Sichtbarkeit und die zunehmende politische Relevanz von Religionen zur Infragestellung des in der Säkularisierungsthese unterstellten Zusammenhangs zwischen Modernisierung und dem Verlust an sozialer Signifikanz von Religion, die im Zuge von Prozessen der Modernisierung in die Privatsphäre abgedrängt würde. Zum anderen werden auch grundlegende theoretische Annahmen wie die teleologische und deterministische Tendenz der Säkularisierungsthese sowie ihre normativen und eurozentrischen Implikationen kritisiert. Die Kritik bezieht sich darüber hinaus auch auf Voraussetzungen wie die Theorie der funktionalen Differenzierung. Zumindest wird gefragt, ob Differenzierungsprozesse zwangsläufig mit dem Bedeutungsrückgang von Religion und Kirche in modernen Gesellschaften zusammengehen müssen.

Daraus ergab sich das zentrale Anliegen der Tagung: das mit der Säkularisierungsthese verbundene Theorem der funktionalen Differenzierung empirisch und theoretisch auf den Prüfstand zu stellen. Zur Realisierung sollten Soziologen und Historiker miteinander ins Gespräch kommen und herausfinden, inwieweit es historisch berechtigt ist, von einer zunehmenden Differenzierung von Religion und Politik in den letzten Jahrhunderten, die auch mit Prozessen der Säkularisierung einhergeht, auszugehen, oder inwieweit dieses Bild revidiert werden muss. Den Vorgaben gemäß haben die Referenten sich mit den Grundaussagen der Säkularisierungsthese, dem Verhältnis von Religion und Politik sowie Prozessen der Differenzierung oder auch Entdifferenzierung in vier Analyseschritten auseinandergesetzt, denen je eine Epoche zugrunde liegt, die als Schub im Hinblick auf die Differenzierung von Religion und Politik gilt: der Investiturstreit, das konfessionelle Zeitalter, die Aufklärung und die Garantie der Menschenrechte sowie das »lange« 19. Jahrhundert.

Bei aller Unterschiedlichkeit in den Perspektiven und Ansätzen konvergierten die Beiträge im Hinblick auf eine Frage: Sie legen nahe, dass die Annahme der funktionalen Differenzierung von Religion und Politik historisch nicht als ein linearer und unaufhaltsam fortschreitender Prozess beschrieben werden kann. Vielmehr verlaufen historische Prozesse insofern komplexer, als in allen behandelten Epochen sowohl Prozesse der Säkularisierung wie der Sakralisierung, der Differenzierung wie der Entdifferenzierung beobachtet werden, die zur Verschiebung der Grenzen zwischen diesen Bereichen führen. Zudem stimmen sie darin überein, dass die Begriffe »Religion« und »Politik« in sich höchst problematisch sind, weil sie je nach Epoche einen ganz anderen Gegenstand beschreiben – und das gilt im Prinzip auch für den Begriff »Kirche« und erst recht für den des »Staates«.

Der Bericht beschränkt sich im Folgenden auf einige theoretische Probleme, die von den Referenten durch alle Epochen hindurch aufgeworfen und diskutiert wurden.

Eine der leitenden Fragen ist, inwieweit sich das Modell der funktionalen Differenzierung für die Erklärung historischer Prozesse seit dem Investiturstreit eignet. Zumindest im späten Mittelalter beobachtet *Sita Steckel* (Münster, Paris), wie ein durch die Scholastik in Gang gesetzter Rationalisierungsschub und Prozess der De-Sakralisierung, Prozesse der Re-Sakralisierung durch die Monastik hervorbringt. *Philip Gorski* (New Haven) führt den Machtgewinn des frühneuzeitlichen Staates trotz der Differenzierungsprozesse zwischen den Konfessionen, die der eigenen Profilbildung die-

nen, aufgrund der starken Verflechtung von religiösen und politischen Institutionen auf Prozesse der Entdifferenzierung zurück. Diese Deutung setze allerdings die Klärung voraus, so *Matthias Pohlig* (Münster), welche Prozesse der Differenzierung dem vorausgegangen seien. Auch im 19. Jahrhundert lassen sich sowohl Prozesse der Säkularisierung und Entkirchlichung als auch Prozesse der Verkirchlichung und Resakralisierung beobachten (Gabriel, Blaschke), die *Olaf Blaschke* (Trier) als reziprok aufeinander bezogene Prozesse von Säkularisierung und Sakralisierung deutet.

Hartmann Tyrell (Bielefeld) geht einen Schritt weiter und merkt an, dass die Denkgewohnheit, Differenzierungsprozesse als Sequenz zu beschreiben, aufgegeben werden müsse. Diesbezüglich werden verschiedene Vorschläge unterbreitet, wie diese Prozesse gefasst werden können: Einer ist, sowohl Prozesse der Differenzierung und Entdifferenzierung als auch solche der Säkularisierung und Re-Sakralisierung als sich abwechselnde und aufeinanderfolgende Wellenbewegungen zu begreifen (Steckel). *Matthias Koenig* (Göttingen, Toronto) beschreibt die Entstehung der Menschenrechte als ein dynamisches und dialektisch sich gegenseitig bedingendes Verhältnis: Einerseits setze die Institutionalisierung der Religionsfreiheit die Differenzierung von Religion und Politik voraus, andererseits wirke die Religionsfreiheit selbst differenzierend, weil sie die Herrschaftsbefugnisse des Staates begrenze und ihn auf Neutralität verpflichte. Es wird auch grundsätzlich gefragt, ob Differenzierungsprozesse notwendigerweise mit Säkularisierung einhergehen müssen. Einige Autoren schlagen auch vor, die Annahme einer vollständig vollzogenen Trennung ganz zugunsten der These aufzugeben, dass Religion und Politik auch unter modernen Bedingungen komplexe Beziehungen miteinander unterhalten (Pohlig, Bogner).

Ein zweites Problem hängt mit der Trennungsmetapher zusammen, die ein ursprünglich Verbundenes impliziert. Im Hinblick auf den Investiturstreit steht die These auf dem Prüfstand, ob dieser vormals Ungeschiedenes trennt beziehungsweise als Schritt von der Einheit in die Zweiheit zu deuten sei oder ob das bekannte Bild einer »religiös-politischen Einheit« ganz aufgeben werden muss (Hartmann, Steckel, Oexle). Komplizierter scheint es sich für das konfessionelle Zeitalter zu verhalten, weil sich dort Nicht- oder Entdifferenzierung unter der bereits vorhandenen Bedingung der Möglichkeit ihrer Trennung vollzögen (Pohlig). Zumindest auf der Reichsebene trennen die Friedensschlüsse zwischen religiösen und politischen Normen. Auch für das 19. Jahrhundert zeigt *Hugh McLeod* (Birmingham), dass formale Trennungen in der Verfassung oder Trennungsforderungen in Diskursen mit einer engen

Verflechtung auf der praktischen Ebene einhergehen: die bekannten Allianzen von Thron und Altar. Insofern muss man für die Frühe Neuzeit und das 19. Jahrhundert im Blick behalten, dass auf der formalen oder normativen Ebene Differenzierungs- und Trennungsprozesse stattfinden, auf der praktischen Ebene aber nach wie vor enge Verflechtungen zu beobachten sind.

Ein dritter Punkt ist die Frage nach der Dynamik und den Antriebsmomenten für historische Entwicklungen und Prozesse der Ausdifferenzierung. Lassen sich für das Mittelalter Antriebsmomente benennen, die zur Säkularisierung der Politik beigetragen haben? Gibt es, wie Tyrell argumentiert, nicht-intendierte »Nebeneffekte« oder muss man mit Gert Althoff diese These zurückweisen, weil aus der historischen Perspektive nicht beantwortet werden kann, ob der Investiturstreit unbeabsichtigte Prozesse ausgelöst habe, die in diese Richtung weisen? Das betrifft direkt das Verhältnis von historischen Befunden und soziologischer Theoriebildung und wirft die Frage auf, ob sich die soziologische Deutung, dass sich im Mittelalter durch den Investiturstreit mit dem Machtanspruch des Papsttums eine Dynamik entfaltet, die die Autonomie des Politischen zur Folge hat, mit der zeitgenössischen Entwicklung zur Synthese bringen lässt, die eher den Machtverlust von König und Kaiser beobachtet.

Dies berührt die noch grundlegendere Frage der kurz- oder langfristigen Wirkung. Bekanntlich hatte Ernst Wolfgang Böckenförde behauptet, dass der Investiturstreit etwas angestoßen und mehr entschieden hat, als sich unmittelbar geschichtlich und politisch realisierte. Diese These bringt das Problem mit sich, wie sich eine langfristige Wirkung etwa des Machtkampfes zwischen Kirche und Königtum erfassen lässt, die kurzfristig nicht nachweisbar ist. Muss man den Blick auf das 13./14. Jahrhundert werfen, in dem der Machtanspruch der Päpste scheitert (Hartmann)? Oder muss man bis zur Französischen Revolution oder sogar bis ins zwanzigste Jahrhundert gehen?

Eine weitere Frage ist die nach der Bedeutung von Konflikten als Antriebsmoment. In den »unlösbaren Konflikten« zwischen Papsttum und Königtum sieht Hartmann Tyrell durchaus eine Dynamik am Werk, die einen weltlichen, der kirchlichen Definitionsmacht entzogenen Herrschaftsbereich entstehen lässt. Auch Steckel argumentiert, dass Konflikte als Katalysatoren fungieren und dazu beitragen, die Grenzen zwischen Religion und Politik zu verschieben oder neu auszuarbeiten. Unter den vielfältigen Konfliktlinien im 19. Jahrhundert, die McLeod und *Antonius Liedbegener* (Luzern) ausmachen, entfaltet der Konflikt zwischen Religion und Politik in den Kulturkämpfen möglicherweise eine geringere säkularisierende Wirkung als die Konflikte

zwischen rivalisierenden Formen der Religion, vor allem aber zwischen Gläubigen und Nicht-Gläubigen. Diese bringe sowohl die Option für säkulare Lebensentwürfe hervor, als auch umgekehrt, wie Blaschke zeigt, eine Pluralisierung von nicht-christlichen Religionsformen. *Barbara Stollberg-Rilinger* (Münster) vertritt die These, dass die Pluralisierung von Religionen seit der Frühen Neuzeit selbst der Motor des Wandels ist.

Über diese Punkte hinaus befassten sich einige Beiträge auch mit dem Verhältnis von Ideen und begrifflicher Reflexion zur Praxis, wie der von *Wolfgang Reinhard* (Erfurt). Zu klären war dabei, welchen Einfluss religiöse und politische Ideen, Programme und Theorien auf den Kampf um die praktische Umsetzung von Freiheitsrechten hatten. Nicht zuletzt setzten sich auch einige Beiträge damit auseinander, ob es nicht angebracht ist, von makrosoziologischen Theorien Abstand zu nehmen – schon allein, um den Erkenntnisfallen des Anachronismus zu entgehen (Gorski, Koenig). Matthias Koenig wirft in Bezug auf die Entstehung und Institutionalisierung von Menschenrechten beispielsweise die Frage auf, inwiefern Theorien funktionaler Differenzierung Erklärungskraft besitzen oder ob es nicht ratsam sei, mittels Theorien mittlerer Reichweite typische Bedingungen und generalisierbare Mechanismen (z.B. Interessenkonstellationen von politischen und religiösen Akteuren) herauszuarbeiten. Dem Vorteil, konkrete Konfliktlagen und Interessenskonstellationen (auch: Allianzen, Opportunitätsstrukturen, Rahmenbedingungen) einfacher empirisch nachweisen zu können, stellt er allerdings den Nachteil gegenüber, dass sich Antriebsmomente oder Dynamiken der Institutionalisierung möglicherweise nicht erklären lassen.

Last but not least warnte *Hans Joas* (Erfurt, Chicago) in seinem Abendvortrag vor den Prozessbegriffen »Differenzierung«, »Rationalisierung« und »Modernisierung« im Hinblick auf Simplifizierungen, gerade dann, wenn sie einen systematisierenden Anspruch erhöhen.

Auch wenn die Tagung die Kontroverse – erwartungsgemäß – nicht beendet hat, hat sie neue Erkenntnisse gebracht und zu einer differenzierteren Betrachtung der Säkularisierungsthese geführt. Dazu hat nicht zuletzt beigetragen, dass die Aussagen der Säkularisierungsthese in einer zeitlichen Breite untersucht wurden, die ein einzelner Wissenschaftler nicht zu überschauen vermag. Vielmehr bedurfte es sowohl der Zusammenarbeit von historischen Experten zum Mittelalter, zur Frühen Neuzeit sowie zum 18. und 19. Jahrhundert als auch des Überschreitens disziplinärer Grenzen im Dialog von Soziologen, Historikern, Theologen und Politologen. Dabei wurde die Inte-

gration der einzelnen Beiträge dadurch erreicht, dass sich alle historischen Beiträge in den einzelnen Analyseschritten jeweils auf einen soziologisch angelegten Impuls bezogen und am Ende noch einmal kritisch kommentiert wurden.

»Zwischen Säkularisierung und religiöser Vitalisierung. Gleichzeitigkeiten und Ungleichzeitigkeiten des religiösen Wandels in Polen und Deutschland«

Anstelle eines detaillierten Berichtes über die erste gemeinsame Konferenz der polnischen und deutschen Sektionen für Religionssoziologie, die vom 15. bis 17. September 2011 in Krakau stattfand, sollen einige Eindrücke geschildert werden, auch weil die Tagungsbeiträge der polnischen KollegInnen noch nicht in deutscher Übersetzung vorliegen – und ein Konferenzband ohnehin in Arbeit ist. Obwohl nur ein halbes Dutzend der insgesamt 55 Teilnehmenden Deutsch und Polnisch sprach, gelang dank hervorragender Simultanübersetzer eine qualifizierte Verständigung zwischen den Fachvertretern beider Länder. Auch die Organisation der gastgebenden Jesuitenhochschule Ignatianum funktionierte reibungslos.

Nachdem die polnische Sektion mittels eines zentralen Vergabeverfahrens ihre renommiertesten Repräsentanten ausgewählt hatte, mussten wir unsererseits (Detlef Pollack, Gert Pickel und Michael Hainz als Organisatoren der deutschen Sektion) gezielt *big names* ansprechen, als sich eine magerere Antwort auf unseren Call abzeichnete, um gegenüber den vielen polnischen Professoren und Professorinnen das dieser Kultur so wichtige Gleichgewicht der Ehre zu wahren. Insgesamt wurden 13 deutsche und 17 polnische Referate gehalten.

Thematisch kamen nach einer allgemeinen Vorstellung des religiösen Wandels in beiden Gesellschaften folgende Aspekte mit gemeinsamer Relevanz zur Sprache: Soziologische Religionstheorien, empirische Untersuchungen mit ländervergleichendem Charakter und zur religiösen Entwicklung der jeweiligen Gesellschaft, Analysen zu den religiösen Organisationen beider Konfessionen und ihrer VirtuosInnen, zum Verhältnis zwischen Religion und Politik bzw. den Medien, zu neuen religiösen Phänomenen sowie zur Religiosität bei Jugendlichen. Deutlich wurde, dass in der polnischen Religionssoziologie die international diskutierten Ansätze zwar generell rezipiert sind, dass aber die Genese ihrer Theoriebildung mehr in ethnologischen Analysen der ländlichen religiösen Volkskultur wurzelt, als in den Traditio-

nen der westlichen Klassiker und ihres Säkularisierungsparadigmas. Auch wenn die Religiosität in Polen im europäischen Vergleich nach wie vor sehr hoch und stabiler als von vielen erwartet ist, lassen gewisse Indikatoren (z.B. Kirchgang und sexualmoralische Einstellungen von Jugendlichen, abnehmende Ordens- und Priesterberufungen, eine wachsende Präsenz anti-klerikaler und anti-religiöser Präsenz in den Medien und in der Politik) doch eine gewisse Abschwächung erkennen, um deren genaue Erfassung und Deutung gerungen wird.

Als fruchtbar erwies sich das Vorgehen, dass je zwei im Voraus bestimmte Beobachter das Abschlussplenum mit ihren Kommentaren zum Konferenzverlauf und seinen Erträgen eröffneten. Wie ein unabhängiger polnischer Beobachter konstatierte, waren die deutschen Vorträge in der Regel um »eine Klasse besser«, was die Bemühung um Objektivität, weitergeleitete Empirie und saubere Methodik angeht. Das lässt sich darauf zurückführen, dass zum einen die religionssoziologische Tradition in Polen (als unabhängige Disziplin) noch sehr jung, zum anderen die polnische Forschung nach wie vor stark in der Theologie verankert ist – was sich mitunter in aus der religiösen Teilnehmerperspektive stammenden Werturteilen niederschlug. Das entspricht dem Eindruck, dass dem reichen empirischen Material mehr methodische Distanz gut getan hätte.

Insgesamt war die Tagung jedoch für beide Seiten eine Bereicherung, so dass *Janusz Marianski* (Lublin) sein Plädoyer mit dem »Traum« beendete, in zwei Jahren in Deutschland eine zweite gemeinsame Konferenz beider Sektionen zu erleben. Beide Seiten wollen den begonnenen Dialog fortsetzen. Eine künftige Konferenz würde nicht nur die Gelegenheit bieten, die begonnene Diskussion zu vertiefen, sondern auch die ausgeklammerten Themen zu behandeln.

Christel Gärtner und Michael Hainz SJ

Sektion Sozialpolitik

Jahresbericht 2011

Die Jahrestagung 2011 der Sektion wurde von Vorstandsmitglied Ingo Bode an der Universität Kassel organisiert und fand am 6. und 7. Oktober unter dem Titel »Infrastrukturwandel im Wohlfahrtsstaat: Formen, Prozesse, Konsequenzen« statt. Mit der Veranstaltung sollten sowohl fachwissenschaftliche als auch praktische Implikationen des Wandels der Organisations-, Steuerungs- und Operationsformen sozialstaatlicher Dienste und Einrichtungen ergründet werden. Die Hauptvorträge wurden von *Christoph Sachße* (Kassel) zum Thema »Der Deutsche Verein und die »duale« Wohlfahrtspflege. Eine Skizze zur Geschichte des deutschen Sozialmodells«, *Paola Mattei* (Oxford), »From Democracy to Good Management? The Restructuring of Welfare Organizations in Europe« und *Rik van Berkel* (Utrecht) über »The Changing Governance of Social Security and Activation in Europe« gehalten. Die weiteren Vorträge bezogen sich auf institutionelle Innovationen (*Martin Kunze* und *Holger Backhaus-Maul*, Halle/Saale, *Daniela Neumann*, Heidelberg), auf den Infrastrukturwandel in der Jugendhilfe (*Tim Eysell*, Gießen; *Lars Alberth* und *Steffen Eisentraut*, Wuppertal) sowie auf konzeptionelle und vergleichende Perspektiven auf den Infrastrukturwandel (*Tanja Klenk*, Bremen, und *Renate Reiter*, Hagen; *Simon Güntner*, Hamburg; *Helga Ostendorf*, Berlin; *Michael Noack*, Köln). Die Tagung wurde abgerundet mit einer Podiumsdiskussion, bei der Vertreterinnen und Vertreter der sozialpolitischen Praxis ihre Erfahrungen mit dem und ihre Sichtweisen auf den sozialen Infrastrukturwandel vor Ort im konstruktiven Streit austauschten. Die Jahrestagung 2011 der Sektion ist umfassend – auf 250 Seiten – dokumentiert: http://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/bitstream/nbn:de:hebis:34-2012032140942/3/Infrastrukturwandel_Wohlfahrtsstaat.pdf. Darüber hinaus werden ausgewählte Beiträge der Tagung in einem von Ingo Bode und Sigrid Leitner herausgegebenen Schwerpunktheft der im peer-review-Verfahren gestalteten »Zeitschrift für Sozialreform« veröffentlicht.

Die Mitgliederversammlung im Rahmen der Jahrestagung diente ausschließlich dem Informationsaustausch, Entscheidungen personeller, inhaltlicher oder organisatorischer Art standen nicht an.

Jahresbericht 2012

Am 22. Juni 2012 organisierte Vorstandsmitglied Sigrid Leitner an der Fachhochschule Köln ein von der Sektion Sozialpolitik als Mitveranstalterin getragenes Praktikerforum zum Thema »Herausforderungen der Altenhilfepolitik«, zu dem *Christoph Strünck* (Siegen) den Eingangsvortrag »Wie reagieren Kommunen auf den demographischen Wandel« hielt. Die Veranstaltung richtete sich an Praktikerinnen und Praktiker in den kommunalen Sozialverwaltungen sowie in den Einrichtungen und Diensten der freien Wohlfahrtspflege. Eine Dokumentation sämtlicher Tagungsbeiträge findet sich im Internet unter www.f01.fh-koeln.de/fakultaet/personen/profs/sigrid.leitner/00774/.

Kristallisationspunkt der Sektionsaktivitäten war in diesem Jahr neuerlich der (mittlerweile 36.) DGS-Kongress, der unter dem Leitthema »Vielfalt und Zusammenhalt« vom 1. bis 5. Oktober 2012 an den Universitäten Bochum und Dortmund stattfand. Die Sektion war hier an der Organisation zweier Plenarveranstaltungen beteiligt. Am 3. Oktober war sie gemeinsam mit den Sektionen Bildung und Erziehung, Professionssoziologie sowie Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse Gastgeberin des Plenums zur »Erzeugung und Legitimierung sozialer Ungleichheiten durch Bildung, Sozialstaat und Professionen«. Hier referierten *Heike Solga* (Berlin) über »Bildung und materielle Ungleichheiten – Der investive Sozialstaat auf dem Prüfstand«, *Janna Teltemann* (Bremen) über »Gleichheit oder Leistung – welchen Einfluss haben Bildungssysteme, Wohlfahrtsstaat und Einwanderungspolitik auf den Schulerfolg von Migranten?«, *Markus Promberger* (Nürnberg) über »Was hat Hartz IV gebracht? Der Beitrag der Grundsicherungsreform 2005 zur Entwicklung der Armutspolitik in Deutschland«, *Jürgen Gerhards* gemeinsam mit *Silke Hans* und *Sören Carlson* (Berlin) über »Transnationales Bildungskapital, Reprivatisierung der Ausbildung und neue soziale Ungleichheiten« sowie *Ursula Streckeisen* (Bern) über »Das »Anwalt-Richter-Dilemma« und der Lehrberuf«.

In einem zweiten Plenum unter organisatorischer Beteiligung der Sektion Sozialpolitik sowie der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie zum Thema »Leben im Dazwischen. Das Integrationsparadigma auf dem Prüfstand« wurden am 4. Oktober folgende Vorträge diskutiert: *Michael Nollert* (Fribourg) zum Thema »Schattenseiten vollkommener Integration. Oder: Die integrative Kraft des »Lebens im Dazwischen«, *Olaf Groh-Samberg* (Bre-

men) und *Ariane Jossin* (Berlin) über »Die Heterogenität der Integrationspfade: Zur Strukturierung der Lebensverläufe von Migrantennachkommen in Deutschland und Frankreich«, *Karin Scherschel* (Jena) zur »Asylmigration zwischen Zonen der Integration und transnationalen Räumen«, *Jürgen Friedrichs* und *Sascha Riedel* (Köln) über »Verläufe und Identifikationsmuster von Migranten. Ein Modell der Integration« sowie *Annette Treibel* (Karlsruhe) zum Thema »Ein Begriff am Ende? Was man gewinnt, und was man verliert, wenn man aufhört, von Integration zu sprechen«.

Auch in diesem Jahr führte die Sektion zudem zwei sektionseigene Veranstaltungen durch. Am 2. Oktober referierten in der von Vorstandsmitglied *Simone Leiber* unter dem Titel »Solidarisch mit wem? Gesellschaftliche Vielfalt und sozialstaatliche Solidaritäten« organisierten Veranstaltung *Stefanie Börner* (Leipzig) zum Thema »Beim Kassenwesen hat die Freundschaft ein Ende« und *Thilo Febmel* (Leipzig) über »Tarifsozialpolitik und Insider-Solidarität. Folgen der Vertarifizierung sozialer Sicherung für die Umverteilungsbereitschaft in Kernarbeitsmärkten«. *Franz Zabradnik* (Nürnberg) sprach über »Selbstpositionierungs- und Abgrenzungsbemühungen junger sanktionierter Hartz-IV-Empfänger«, *Boris Heizmann* (Hamburg) über »Soziale Distanz und Grenzziehung in Europa. Zur Erklärung individueller politischer Präferenzen für Immigrationsbeschränkung« und *Jürgen Gerhards* (Berlin) gemeinsam mit *Holger Lengfeld* und *Julia Häuberer* (Hamburg) über »Europäisierte Sozialpolitik aus Sicht der EU-Bürger: Ergebnisse einer komparativen Umfrage in drei EU-Ländern und der Türkei«. Das von *Ute Klammer* organisierte »Forum Sozialpolitische Forschung« am 5. Oktober folgte dem auf dem Frankfurter Kongress erfolgreich praktizierten Prinzip von Kurzvorträgen und Posterpräsentationen und konnte daher einer größeren Zahl Interessierter ein – dem Veranstaltungszweck entsprechend – fachöffentliches Forum bieten. Hier trugen vor: *Felix Wilke* (Kassel) zum Thema »Vor-Sorge ums Alter. Entscheidungsverhalten unter struktureller Unsicherheit im Wohlfahrtsmarkt der Alterssicherung« und *Benjamin Fuchs* (Nürnberg) über »Wege in die Grundsicherung: Eine Fall-Kontroll-Studie zu Risikofaktoren des Arbeitslosengeld II-Bezuges«. *Julia Simonson* referierte gemeinsam mit *Laura Romeu Gordo*, *Nadiya Kelle* und *Andreas Motel-Klingebiel* (Berlin) über »Veränderte Erwerbsverläufe und Alterssicherung der Babyboomer«, *Mark Szydlak* (Zürich) über – »Sozialpolitik und Generationenkonflikt« sowie *Patricia Frericks* gemeinsam mit *Ralf Och* und *Birgit Pfau-Effinger* (Hamburg) zum Thema »Internationaler Vergleich und Klassifikation lokaler Wohlfahrtssysteme«. Im Themencluster

»Übergänge in den und aus dem Arbeitsmarkt« präsentierten zudem *Dana Müller* (Nürnberg) und *Daniela Grunow* (Amsterdam) Projektposter zur »Rückkehr in den Arbeitsmarkt – ein Vergleich zwischen ostdeutschen, westdeutschen und ostwest-mobilen Müttern«, *Juliane Achatz* (Nürnberg) über »Arbeitsmarktvermittelte Abgänge aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Welche Rolle spielen Geschlecht und Haushaltsform?«, *Anderas Hirseland* und *Philipp Ramos Labos* (Nürnberg) zum Thema »Von Aktivierung zu Teilhabesicherung – Ausgrenzungs- und Teilhabeerfahrungen gefördert Beschäftigter« sowie *Judith Czepek* (Heidelberg) über »Folgeprobleme der Komplementaritäten zwischen dem Arbeitsmarkt und dem Alterssicherungssystem«.

Auf der Mitgliederversammlung am 2. Oktober wurde der bisherige Vorstand einschließlich des ausscheidenden Sprechers Stephan Lessenich (Jena) förmlich entlastet und als neue Sprecherin der Sektion Ursula Dallinger (Trier) gewählt. Der damit frei gewordene Platz im Vorstand wurde auf Vorschlag des Vorstands mit Thilo Fehmel (Leipzig) besetzt, der in den vergangenen Jahren bereits ehrenamtlich die Homepage der Sektion betreut hatte. Dem Vorstand der Sektion werden damit aufgrund des (bei zwei Enthaltungen) einstimmigen Votums der Mitgliederversammlung im Zeitraum von 2012 bis 2014 neben der Sprecherin Ursula Dallinger (Trier) die weiteren Mitglieder Ingo Bode (Kassel), Thilo Fehmel (Leipzig), Ute Klammer (Duisburg-Essen), Simone Leiber (Düsseldorf), Sigrid Leitner (Köln) und Christoph Strünck (Siegen) angehören.

Organisationspolitisch beschäftigte sich die Versammlung mit den Implikationen und Konsequenzen, die sich durch die aus gegebenem Anlass ergangene Aufforderung des DGS-Vorstands ergeben, etwaig bestehende Sektionskonten aufzulösen und darauf lagernde Guthaben auf ein Sektionsunterkonto der DGS zu transferieren. Die Versammlung beschloss in diesem Zusammenhang, in Zukunft statt Mitgliedsbeiträgen Sektionsgebühren zu erheben und dabei die bislang geltende Beitragsstaffelung zu übernehmen. Zudem wurde auf den Hinweis des DGS-Vorstands, dass die Sektionen im rechtlichen Sinne keine eigenständigen Körperschaften, sondern Unterorganisationen der DGS sind und daher auch keine eigenen Satzungen geben können, beschlossen, die Unwirksamkeit der bislang geltenden Satzung mit sofortiger Wirkung festzustellen und den Vorstand zu beauftragen, in möglichst kurzer Frist an deren Stelle eine Geschäftsordnung der Sektion zu verfassen, die im Wesentlichen die Voraussetzungen der

Mitgliedschaft und Bestimmungen zur Wahl repräsentativer Organe enthalten und bei der nächsten Mitgliederversammlung zur Abstimmung gestellt werden soll.

Ein sehr kurzer Ausblick zum Schluss: Die Jahrestagung 2013 der Sektion wird im Herbst in Köln stattfinden, die organisatorische Verantwortung liegt bei Vorstandsmitglied Christoph Strünc. Und die Tatsache, dass die neue Sprecherin der Sektion, Ursula Dallinger, an der Universität Trier lehrt, wird für die schon in absehbarer Zeit anstehenden Vorbereitungen der konkreten Sektionsbeteiligung am dort stattfindenden 37. Kongress der DGS sicher nicht von Nachteil sein.

Stephan Lessenich

Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse

Jahresbericht 2011

Panelveranstaltungen auf dem Dreiländerkongress für Soziologie in Innsbruck

Auf dem »Dreiländerkongress« vom 29. September bis 1. Oktober 2011 hatten Peter A. Berger für die DGS-Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse und Annette Treibel-Illian für die DGS-Sektion Migration und ethnische Minderheiten am 1. Oktober unter dem Titel »Muster sozialer Ungleichheit, Migration und Ausgrenzung in der öffentlichen Diskussion« zwei gut besuchte Panels organisiert, die schon im Bericht der Sektion Migration und ethnische Minderheiten in Heft 3-2012 der Soziologie besprochen wurden.

Sektionsitzung: Paare und Ungleichheit(en) – Eine Verhältnisbestimmung

Am 28. und 29. Oktober fand die erste Herbstsitzung der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) statt. Organisiert wurde die Tagung von *Peter A. Berger*, Sektionssprecher, *Alessandra Rusconi* und *Heike Solga*, Leiterinnen des am WZB angesiedelten Projekts »Gemeinsam Karriere machen – Realisierungsbedingungen von Doppelkarrieren in Akademikerpartnerschaften« (gefördert vom BMBF und ESF), sowie von *Christine Wimbauer* und

ihrem Team *Markus Gottwald*, *Mona Motakef*, *Anke Spura* und *Stefanie Aunkofer* der DFG geförderten Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe »Liebe, Arbeit, Anerkennung – Anerkennung und Ungleichheit in Doppelkarriere-Paaren« (Duisburg-Essen).

Bei der Analyse sozialer Ungleichheit(en) erhielten der Partner/ die Partnerin und das Paar als eine aus Kommunikation und Interaktion hervorgehende Entität *sui generis* zuletzt größere Aufmerksamkeit. Einerseits wird das Mikromilieu Paar als zentraler Ort der (Re-)Produktion sozialer Ungleichheit(en) verhandelt, speziell im Hinblick auf die Sozialstrukturkategorie Geschlecht. Andererseits spiegeln sich in und zwischen Paaren Klassen-, Schicht- und Milieuunterschiede, etwa in der Partnerwahl (Homogamie bzw. Endogamie), in der Positionierung auf dem Arbeitsmarkt (etwa: prekär beschäftigte Paare vs. Doppelkarriere-Paare), hinsichtlich sozial- und familienpolitischer Regelungen oder der Artikulation und praktischen (Nicht-) Einlösung von Egalitätsnormen. Ziel der Tagung war es, möglichst breit Forschung zusammenzubringen, um eine mittlerweile gebotene Verhältnisbestimmung von »Paaren und Ungleichheit(en)« zu leisten.

Am ersten Konferenztag eröffnete *Stefan Hirschauer* (Mainz) das Auftaktpanel »Ungleichheit, Paare und Familie« mit einem Beitrag, der aus kultursoziologischer Warte dem Zusammenhang von Zweisamkeit und Zweigeschlechtlichkeit nachging. Politisch-mediale Gleichheitsdiskurse sind das »Spielmaterial« der Konstruktion von Geschlechterdifferenz im Paar und somit zugleich das (notwendige) Substrat für die Erzeugung von Paarsinn, so eine von Hirschauers Thesen. Im Anschluss daran gingen *Martin Diemwald*, *Tobias Graf*, *Stefanie Hoherz* und *Sebastian Böhm* (Bielefeld) der Frage nach, wie sich Frauen und Männer innerhalb von Partnerschaften an veränderte Arbeitsbedingungen anpassen und welche Rückwirkungen diese Prozesse auf die Partnerschaften selbst haben. Als Datengrundlage dienten ihnen Längsschnittdaten des SOEP sowie eigene quantitativen Erhebungen des DFG-Projekts »Beschäftigungsverhältnisse als sozialer Tausch« (BEATA). Zum Abschluss des ersten Panels konfrontierten *Katharina Miko* und *Karin Sardadvar* (Wien) gängige soziologische Familien- und Paarkonzepte mit qualitativem empirischen Material, um darüber zu einer sehr grundsätzlichen Frage vorzudringen, nämlich: Wo hört die Familie auf und wo fängt das Paar an?

Im zweiten Panel stellten die Konferenzorganisatorinnen ihre mittlerweile abgeschlossenen Projekte vor. *Alessandra Rusconi* (Berlin) präsentierte eine Auswahl der Forschungsergebnisse auf Basis quantitativer und qualitativer Erhebungen des Projekts »Gemeinsam Karriere machen«. Der Vortrag

fragte, welche Verflechtungsarrangements der Erwerbsverläufe im Paar praktiziert werden und welche Folgen sie für individuelle und Doppelkarrieren haben. Es zeigte sich, dass entgegen dem »Karriere-Mythos« eine geschlechtertypische Arbeitsteilung sich insofern nicht »lohnt«, als sie zu keinem Karrierevorteil für männliche Wissenschaftler führt, aber zur (Re-) Produktion von Ungleichheiten in der Arbeitswelt und in Partnerschaften beiträgt. Denn Partnerinnen und Wissenschaftlerinnen mussten mit Karriereeinbußen rechnen, wenn sie für längere Phasen ihre Erwerbstätigkeit unterbrachen. Aufgrund von Abstimmungs- und Koordinierungsschwierigkeiten, v.a. bei Wissenschaftsparen, ist aber selbst die langjährige Bewerksstellung zweier Erwerbstätigkeiten keine Garantie für Doppelkarrieren und »schützt« nicht vor der Priorisierung einer (oft männlichen) Berufsentwicklung.

Den ersten Konferenztag beschlossen *Christine Wimbauer, Markus Gottwald, Mona Motakef, Anke Spura* und *Stefanie Aunkofer* mit einer Ergebnispräsentation der Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe »Liebe, Erwerbsarbeit, Anerkennung – Anerkennung und Ungleichheit in Doppelkarriere-Paaren«. Der Vortrag wandte sich dem Verhältnis von Paaren und Ungleichheit aus einer anerkennungstheoretischen Perspektive zu. Entlang der Honnethschen Anerkennungssphären »Liebe«, »Leistung« und »Recht« und auf der Basis qualitativer Daten (Paarinterviews, Organisationsfallstudien und Gesetzesanalysen) arbeitete die ForscherInnengruppe Muster und Mechanismen der Konstruktion von Anerkennungsverhältnissen und darin eingelassener (Un-)Gleichheiten in Paaren sowie deren Verschränkung mit arbeitsorganisationalen Mitgliedschaften und sozialstaatlichen Regelungen heraus.

Dass das Thema der Tagung auf ein reges Interesse stieß, zeigte sich am zweiten Konferenztag, an dem die Veranstaltung ob der Menge und der hohen Qualität eingereicherter Referatsvorschläge auf Parallelpanels in drei Blöcke aufgeteilt werden musste. Im Panel »Soziale und räumliche Mobilität« ging *Melanie Böwing-Schmalenbrock* (Potsdam) der Frage nach, wie Paare reich werden. Auf Basis der quantitativen Erhebung der Studie »Vermögen in Deutschland« (ViD) zeigte sie, dass berufliche Selbstständigkeit, Erbschaft und Heirat die zentralen Reichtumsquellen in Paarhaushalten sind, es aber eine Geschlechtsspezifität der Reichtumsgenese gibt. Auch aufgrund (noch) höherer Bildungs- und Erwerbsbeteiligung entsteht Reichtum signifikant häufiger durch die Erwerbsaktivität männlicher als weiblicher Partner. Auf Basis des SOEP untersuchten *Natascha Nisic* (Nürnberg) und *Silvia Melzer* (Bielefeld) die Mobilitätsdilemmas und -restriktionen von Paaren. Unter Berücksichtigung der Erwerbs- und Einkommensstruktur im

Haushalt und regionaler Opportunitäten identifizierten sie die Verlierer und Gewinner berufsbedingter Umzüge. Dabei zeigte sich, dass Ost-West-Disparitäten zusammen mit einer größeren geschlechtsspezifischen Ungleichheit auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt paradoxe Folgen erzeugen. Umzüge sind bei ostdeutschen Paaren in höherem Maß von den Merkmalen der Männer bestimmt und gut gebildete ostdeutsche Frauen in Partnerschaften können bei einem Umzug ihr Einkommenspotenzial seltener umsetzen. *Stefanie Kley* (Hamburg) widmete sich der Frage, ob Pendelmobilität das Trennungsrisiko erhöht. Auf Basis einer eigenen repräsentativen Panel-Erhebung in zwei Städten zeigte sie, dass das Trennungsrisiko steigt, wenn Frauen Vollzeit arbeiten; müssen sie zum Arbeitsort fernpendeln, so erhöht sich das Risiko auf das Fünffache. Hingegen steigert weder die Vollzeitbeschäftigung des Mannes noch seine Notwendigkeit zum Fernpendeln das Trennungsrisiko. Geschlechtsrollenmodelle sind demnach oft (noch) tief verankert, und selbst wenn ein Paar sich über ein bestimmtes Arrangement verständigt, können Unzufriedenheit und Selbstzweifel an dieser Rolle die Paarbeziehung unterminieren.

Im Parallelpanel »Männlichkeit, Weiblichkeit, Paarkonzepte« verglichen *Cornelia Behnke*, *Diana Lengersdorf* und *Michael Meuser* (Dortmund) unterschiedliche Rahmungen väterlichen Engagements bei Paaren aus den westlichen und östlichen Bundesländern. Auf der Grundlage von Paarinterviews wurde die These einer »kulturellen Hegemonie« westdeutscher Leitbilder und Modelle entfaltet, die sich mithin in der von ostdeutschen Paaren in den Interviews geleisteten Abgrenzungsarbeit zeigt. Basierend auf narrativen Interviews ging *Johanna Stadlbauer* (Graz) der Frage nach, wie im Rahmen internationaler Entsendungen die zumeist weiblichen *Expatriat-Spouses* ihre »Karrierelosigkeit« verarbeiten und wie die im transnationalen sozialen Feld der *Expatriates* dominanten Diskurse über Frauenbeschäftigungen und -rollen sowie »persönliche« familiäre-biographische Vorstellungen von Frauenbiographien wirken. *Britt Hoffmann* (Magdeburg) fragte nach den biographischen und sozialen Bedingungen im Umgang von Frauen mit erfolglosen Fertilitätsbehandlungen. Es zeigte sich, dass die Paarbeziehungen und die eingelassenen geschlechtsspezifischen (Un-)Gleichheiten zwischen den Partnern sowohl Ressource als auch massives biographisches Krisenpotenzial beinhalten können. Dies sei, so die Forderung, notwendig von medizinischer Seite zu berücksichtigen.

Im zweiten Vormittagsblock loteten *Stefanie König*, *Marc Langhauser* und *René Leicht* (Mannheim) im Panel »Arbeit und Partnerschaft« den Einfluss von

selbst- und fremdbestimmter Arbeitsgestaltung mit Blick auf die Übernahme von Familienverantwortung in Doppelkarriere-Paaren (DCC) aus. Im Anschluss daran zeigten *Katrin Auspurg*, *Eva Amorelli* und *Thomas Hinz* (Konstanz), dass Doppelkarriere-Paar-Förderung nicht notwendig die Karrieren der Doppelkarriere-Paar-Partnerinnen fördert. DCC-Maßnahmen, so die über ein faktorielles Survey-Design gewonnenen Ergebnisse, erhöhen zwar grundsätzlich die Wahrscheinlichkeit eines gemeinsamen Umzuges, zugleich verschieben sie jedoch auch häufig das Macht- und Karrieregleichgewicht zugunsten des männlichen Partners.

Obwohl das sich mit der Moderne herausbildende »romantische Liebesideal« ein sozialrevolutionäres Freiheitsversprechen beinhaltet – Paarbildung jenseits von Stand und Klasse, allein auf wechselseitiger emotionaler Verbundenheit gründend – blieben Liebe und Paarbeziehung stets ein zentraler Ort der Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheiten (Homogamie). Diese Paradoxie des modernen Liebesideals, so *Kai Dröge* (Frankfurt am Main, Lausanne, Luzern) im ersten Vortrag des Panels »Partnerwahl«, erfährt beim Online-Dating eine Zuspitzung: Der Freiheitssemantik des World-Wide-Web stehen detaillierte, an sozioökonomischem Status, Lebensstilen und Wertorientierungen orientierende Such- und Filtermöglichkeiten gegenüber. Über Matchingalgorithmen erzeugte »Passung« heißt vor allem, homogame Partnerschaften in bisher ungekanntem Ausmaß möglich zu machen. Welchen analytischen Nutzen hat das in jüngster Zeit vor allem von Catherine Hakim (2010) popularisierte Konzept des »erotischen Kapitals«? Dieser Frage ging *Andreas Schmitz* (Bamberg) nach. Im Kontrast zu einem um ein Interaktionskonzept erweitertes Bourdieusches Forschungsprogramm fällt Schmitz Urteil kritisch aus.

Im Panel »Arbeitsmarkt und Familienpolitik« standen drei Referate an: Im ersten Referat stellte *Lisa Haller* (Kassel) erste Ergebnisse ihres Dissertationsprojekts vor, in der sie mit Hilfe qualitativer Paarinterviews die Wirkungen der Anreizmechanismen der neuen Familienpolitik auf das Reproduktionshandeln junger Eltern untersucht. Haller legte dar, dass und wie Anreizmechanismen entlang der Einkommenshierarchie differenziert wirken. Im zweiten Referat analysierten *Corinna Kleinert* (Nürnberg) und *Marita Jacob* (Köln) die Bedeutung unterschiedlicher Ressourcen – Bildung und Arbeitsmarktkapital, finanzielle Ressourcen – des einen Partners auf die Arbeitsmarktintegration des arbeitslosen anderen Partners. An den mit Ereignisanalysemodellen analysierten Daten des SOEP ließ sich u. a. zeigen, dass Frauen und Männer von einer Partnerschaft profitieren, eine

Heirat jedoch nur die Wiedereinstiegschancen in Arbeit für Männer erhöht. Das Panel beschloss *Karen Schierhorn* (Jena), die sich in ihrem Vortrag mit den Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit auf das Geschlechterverhältnis im Paar auseinandersetzte. Auf der Basis leitfadengestützter Interviews entwickelte Schierhorn eine Gegenthese zur geläufigen Behauptung, ehemalige Sozialhilfeempfängerinnen könnten als Gewinnerinnen der Hartz-Arbeitsmarktreformen gelten.

Die drei Referentinnen des parallelen Panels beschäftigten sich mit Fragen zum Thema »Neue Väter und ›Tradierte‹ Mütter«. In ihrem Vortrag untersuchte *Heike Trappe* (Rostock) Väter, die Elterngeld beziehen, und analysierte dies im Partnerschaftskontext unter Berücksichtigung sozialstruktureller und ökonomischer Faktoren. Ihre Ergebnisse zeigten, dass vor allem die Gruppe der erwerbslosen und gering verdienenden Väter auch über die Zeit der Partnermonate hinaus Elterngeld beantragte. Somit sind es eben nicht die ökonomisch privilegierten Männer, die mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Diese Gruppe der gutverdienenden Väter stand im Zentrum der Analyse von *Johanna Possinger*. In ihrem Dissertationsprojekt steht das Vereinbarkeitsdilemma sogenannter *neuer Väter* im Vordergrund, deren modernisiertes Bild von Vaterschaft häufig im Gegensatz zu deren sozialer Praxis steht. Auf der Grundlage von biographischen Interviews mit Vätern, die in einem großen Unternehmen Elternzeit genommen haben, konnte sie feststellen, dass Elternzeit sowohl ein »Übergangsphänomen« darstellt, aber auch eine *Türöffnerfunktion* für langfristig stärker partnerschaftlich ausgerichtete Care-Arbeit beinhaltet. *Susanne Götz*, *Kathi Ruppe* und *Franziska Schreyer* (Nürnberg) referierten erste Ergebnisse ihrer Untersuchung zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen nach der Familienphase. In ihrer *mixed-methods*-Studie mit quantitativem und qualitativem Datenmaterial gingen sie der Frage nach, welchen Einfluss der Partner für diesen Wiedereinstieg hat. Paare haben hier sehr unterschiedliche Strategien. Zwar kommt es prinzipiell zu Unterstützung durch die Partner, aber selten reduzieren diese ihre Arbeitszeit, und Aushandlungsprozesse im Paar sind ganz und gar nicht selbstverständlich. Zum Teil wird die Sorgearbeit an Dritte abgegeben, wenn eine egalitäre Aufteilung nicht möglich ist oder auf die Forderungen der Partnerin nicht eingegangen wird.

Ausgewählte Tagungsbeiträge werden in einem Sonderheft von »GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft« veröffentlicht.

Markus Gottwald

Sektionsitzung: Urbane Ungleichheiten

Über die gemeinsame Tagung der DGS-Sektionen Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse sowie Stadt- und Regionalsoziologie am 11. und 12. November 2011 in Rostock wurde in Heft 3-2012 der Soziologie berichtet. Ausgewählte Tagungsbeiträge werden in einem Sammelband in der Sektionsreihe beim VS-Verlag veröffentlicht werden.

Neuwahlen von Sektionsvorstand und Sektionssprecher

Im Jahr 2011 wurde der aus sechs Personen bestehende Vorstand der Sektion neu gewählt, wobei sich insgesamt 61 Sektionsmitglieder an der schriftlichen Wahl beteiligten. In den neuen Sektionsvorstand wurden gewählt: Peter A. Berger (Rostock), Johannes Giesecke (Bamberg), Olaf Groh-Samberg (Bremen), Dirk Konietzka (Braunschweig), Steffen Mau (Bremen) und Anja Weiß (Duisburg-Essen). Der neu gewählte Vorstand hat sich am 28. Oktober vor der Sektionssitzung im WZB Berlin zu seiner konstituierenden Sitzung getroffen. Aus dem Kreis der Vorstandsmitglieder wurde dabei Olaf Groh-Samberg (Bremen) zum neuen Sektionssprecher gewählt. Als Stellvertreter werden für diese Wahlperiode Peter A. Berger (Rostock) und Johannes Giesecke (Bamberg) fungieren, und die Mailingliste der Sektion wird zunächst weiter von Peter A. Berger verwaltet werden.

Der neue Sektionsvorstand dankt den ausgeschiedenen Vorstandmitgliedern Eva Barlösius (Hannover), Martin Diewald (Bielefeld), Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Siegen) und Marc Szydlic (Zürich). Ohne ihr Engagement wäre die Arbeit der Sektion genauso wenig möglich gewesen wie ohne die Mitwirkung der Sektionsmitglieder und -interessenten.

Peter A. Berger

AG Räumliche Mobilität in der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie

Ziele der Arbeitsgruppe sind die Etablierung eines soziologischen Diskussionsforums zu Fragen und Problemstellungen räumlicher Mobilität sowie die Vernetzung der in diesem Gebiet forschenden Kolleginnen und Kollegen in Deutschland. Darüber hinaus möchten wir internationale Kontakte zu Mobilitätsforschern außerhalb Deutschlands intensivieren. Die Arbeitsgruppe soll eine Anlaufstelle für die fachliche und nichtfachliche Öffentlichkeit werden, um sich über wichtige wissenschaftliche Erkenntnisse auf diesem Gebiet zu informieren.

Städte und Regionen werden durch räumliche Mobilität in vielfältiger Weise geprägt und verändert. Sie sind gleichzeitig aufgrund ihrer unterschiedlichen Strukturmerkmale auch Anlass für räumliche Mobilität von Individuen. Wohnstandorte können Mobilität erforderlich machen, weil Arbeitsplätze, Wohnraum, Bildungs- und Konsumangebote rar sind, sie können umgekehrt entsprechende Gelegenheiten bieten, die Menschen motivieren, räumlich mobil zu werden. Unter räumlicher Mobilität können dabei sehr vielfältige Phänomene gefasst werden, wie zum Beispiel Wohnortwechsel, Formen des Pendelns zum Arbeitsort oder andere Arten der Alltagsmobilität, wie etwa der Weg zur Kindertagesstätte. In den letzten Jahrzehnten hat sich bezüglich der verschiedenen Formen räumlicher Mobilität ein ständiger Wandel ergeben. Angesichts der demografischen Entwicklungen und gravierender Veränderungen der Konsum- und Arbeitsmärkte ist zu erwarten, dass räumliche Mobilitätsprozesse und multilokale Lebensformen sowohl auf individueller Ebene als auch auf der Ebene von Regionen und Ländern eine zunehmende Bedeutung erfahren.

Auf individueller Ebene bestimmt räumliche Mobilität die Lebenschancen von Menschen maßgeblich, indem sie regional ungleich verteilte Arbeits-, Wohn-, Bildungs- und Konsumangebote individuell verfügbar macht. Darüber hinaus hat sie einen erheblichen Einfluss auf die sozialen Interaktionsbeziehungen und die gesamte Lebensgestaltung der Menschen. Dies prägt wiederum Städte und Regionen in vielfältiger Weise. So verändern Umzugs- und pendelbedingte Bevölkerungsfluktuationen nicht nur die Zusammensetzung und soziale Integration der Bevölkerung in einem bestimmten Gebiet. Sie bestimmen die Entwicklung von Städten und Regionen in einem ganz umfassenden Sinne.

Daraus ergibt sich eine breite Agenda an sozialwissenschaftlich bedeutsamen Fragestellungen, wie zum Beispiel: Welche Formen räumlicher Mobilität und mobiler Lebensformen lassen sich beobachten und wie lässt sich ihr Zustandekommen erklären? Welche Bevölkerungsgruppen praktizieren (mehr oder weniger freiwillig) Mobilitätszumutungen und welche Bevölkerungsgruppen sind im Hinblick auf ihre Mobilitätschancen und -möglichkeiten privilegiert? Welche Folgen haben verschiedene Formen räumlicher Mobilität für individuelle Lebensverläufe? Welche Folgen haben sie für die Veränderung von Städten und Regionen?

Die Arbeitsgruppe möchte dazu beitragen, das bereits existierende Potenzial an Forschung in Deutschland zu fördern und ein soziologisches Diskussionsforum zu etablieren. Hierzu wollen wir jährlich zu einem Workshop oder einer Tagung einladen.

Auf dem *Gründungstreffen der Arbeitsgruppe Räumliche Mobilität am 26. März 2013 an der Universität Hamburg* sollen aktuelle Beiträge und Forschungsprojekte im Bereich räumlicher Mobilität vorgestellt werden. Das Treffen soll die ganze Bandbreite des Themas berücksichtigen und Workshop-Charakter haben, das heißt, neben Vorträgen wird es viel Gelegenheit zur gemeinsamen Diskussion geben. Schließlich soll das Gründungstreffen auch genutzt werden, um eine Agenda für künftige Aktivitäten, zum Beispiel Workshops oder internationale Tagungen der Arbeitsgruppe zu entwerfen.

Stefanie Kley, Natascha Nisic und Johannes Huinink